

ERKLÄRUNG FÜR EINEN GERECHTEN FRIEDEN ZWISCHEN PALÄSTINA UND ISRAEL

[Am 18.7.2021 mit 83 % der Stimmen angenommen (462 Ja, 78 Nein, 18 Enthaltungen)]

vorgelegt von

Shalom United Church of Christ, New Haven, Connecticut

gemeinsam mit

*First Church, United Church of Christ, Guilford, Connecticut
First Congregational Church, UCC, Old Lyme, Connecticut
Meriden Congregational Church, UCC, Meriden, New Hampshire
Union Congregational Church, UCC, Angels Camp, California
Pilgrim United Church of Christ, Carlsbad, California*

ZUSAMMENFASSUNG

Die Resolution fordert die Generalsynode auf, eine *Erklärung über die Bedingungen für einen gerechten Frieden zwischen Palästina und Israel* zu beschließen. Darin werden die Prinzipien dargelegt, die gelten und anerkannt werden müssen, um künftig gerechte und friedliche Beziehungen zwischen Israel und Palästina zu erreichen. Die Erklärung unterstreicht, dass die Gerechtigkeit im Sinn sowohl der Botschaft der hebräischen Propheten, des Lebens und der Lehre Jesu, als auch gemäß geltendem Völkerrecht, grundlegendes und unabdingbares Prinzip sein muss, an dem eine friedliche Zukunft Israels und Palästinas ausgerichtet sein muss. Sie verwirft eine mit militärischer Gewalt erzwungene Lösung, illegale Besetzung und Enteignung oder die einseitige Annexion von Land, sowie die Benutzung einer imperialistischen Theologie zu deren Rechtfertigung. Die Erklärung bezeichnet Israels fortgesetzte Unterdrückung des palästinensischen Volkes als Sünde und als unvereinbar mit dem Evangelium. Sie ruft die Ortsgemeinden und Regionalkirchen sowie die kirchlichen Einrichtungen auf, die Erklärung als Leitlinie anzunehmen für ihre eigene Unterstützung der Bestrebungen unserer Partner in der Region und in ihrem Eintreten gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten für politische Maßnahmen im Sinn dieser Grundsätze.

Die Resolution greift zurück auf Beschlüsse der Generalsynode im Verlauf von 50 Jahren, auf Erklärungen der UCC-Kirchenleitung, auf Beschlüsse der internationalen Abteilung (Global Ministries) und ihrer historisch gewachsenen Strukturen in aller Welt. Sie greift zurück auf Zeugnisse der ökumenischen Partner, einschließlich des Nationalrates der Kirchen der USA (NCC) und des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), und reagiert auf das Zeugnis unserer palästinensischen christlichen Partner, insbesondere auf die Dokumente *Kairos Palästina – Ein Wort des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe aus der Mitte des Leidens der Palästinenser* (2009) sowie *Kairos Palästina – Schrei nach Hoffnung, Aufruf zur Entscheidung und zum Handeln* (2020).

Das Glaubensbekenntnis der United Church of Christ mahnt uns: „Gott fordert die Kirche auf, die Kosten und die Freude der Jüngerschaft anzunehmen ... und den Mächten des Bösen zu widerstehen.“ Die Erklärung ruft die *United Church of Christ* auf, die solidarische Begleitung des palästinensischen Volkes auf sich zu nehmen, ohne die Kosten zu scheuen, sowie der gewaltsamen Enteignung, Besetzung, wirtschaftlichen und militärischen Unterdrückung der Palästinenser zu widerstehen.

BIBLISCHE, HISTORISCHE, THEOLOGISCHE GRUNDLEGUNG

Im *Kairos Palästina Dokument – Ein Wort des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe aus der Mitte des Leidens der Palästinenser* (2009) – behaupten palästinensische Christen,

... dass unser Land einen universellen Auftrag hat. In dieser Universalität erweitert sich die Bedeutung der Verheißungen, des Landes, der Erwählung und des Volkes Gottes und schließt die ganze Menschheit ein – angefangen bei allen Völkern, die in diesem Land wohnen. Im Lichte der Lehren der Heiligen Schrift war die Verheißung des Landes zu keiner Zeit ein politisches Programm, sondern vielmehr der Auftakt zur vollständigen universellen Erlösung. Sie war der Beginn der Vollendung des Reiches Gottes auf Erden.¹

Gottes Verheißung des Landes und des Segens in der Genesis bezog sich letztlich nicht auf den Besitz des Landes sondern auf die Bestimmung des Volkes Israel, Segen zu sein: „In dir sollen gesegnet werden alle Geschlechter auf Erden“ (Gen 12,3).²

Walter Brüggemann, Bibelwissenschaftler, *United Church of Christ*, schreibt, dass „die Thora und die Welt, die sie im Blick hat, jenseits von Landbesitz auf ‘eine echte Gemeinschaft aller’ angelegt ist, die über jeden Tribalismus hinausgeht“ (*Chosen? Reading the Bible Amid the Israeli-Palestinian Conflict*; 2015, S. 37). Er fährt fort, indem er den jüdischen Philosophen Martin Buber zitiert: „Die ganze Geschichte des Weges von Ur in Chaldäa zum Sinai ist eine Folge von Entschlüssen und Entscheidungen – historische Ereignisse – Stammes- und Nationalgeschichte. Aber über allem steht die Offenbarung, [die] dem allen Sinn gibt, auf das Ziel verweist. Denn das Ziel all dieser Wegscheiden ist die wahre Gemeinschaft aller Menschen.“

Die Generalsynode hat 1987 bekräftigt, dass der Bund mit dem jüdischen Volk von Gott nicht widerrufen oder außer Kraft gesetzt wurde, vielmehr voll in Geltung bleibt, „denn Gottes Gaben und Berufung können ihn nicht gereuen“ (Röm 11,29) – eine klare Verwerfung einer christlichen Substitutionstheologie. Ebenso verwarf die Generalsynode jedoch theologische Behauptungen des christlichen Zionismus, die Juden im modernen Staat Israel seien gegenüber anderen Landesbewohnern privilegiert. Stattdessen „bekräftigt sie“ angesichts „unterschiedlicher biblischer Sichtweisen in der Frage des jüdischen Herkunftslandes, dass alle diesbezüglichen Aussagen auf der von Jesus und den biblischen Propheten gelehrt Botschaft der Gerechtigkeit und des Friedens basieren müssten“. Diese Botschaft ist in der Textstelle von Jesaja, die Jesus in Nazareth bei der Ankündigung seiner Mission zitiert, zusammengefasst: „Der Geist des Herrn ist bei mir, darum weil er mich gesalbt hat, zu verkünden das Evangelium den Armen; er hat mich gesandt, zu predigen den Gefangenen, dass sie los sein sollen, und den Blinden, dass sie sehend werden, und den Zerschlagenen, dass sie frei und ledig sein sollen, zu verkündigen das Gnadenjahr des Herrn“ (Jes 61,1-2; Luk 4,18-19). Jesaja erinnert uns, dass die bloße Akkumulation von Eigentum zu Lasten von Recht und Gerechtigkeit eine armselige Zukunftsperspektive darstellt: „Weh denen, die ein Haus zum anderen bringen und einen Acker an den anderen rücken, bis kein Raum mehr da ist und sie allein das Land besitzen“ (Jes 5,8).

Die *United Church of Christ* hat durch ihre Missionseinrichtungen eine enge Beziehung zu den Gemeinden der palästinensischen Christen aufrecht erhalten und ebenso mit der arabischen Bevölkerung Palästinas insgesamt. Seit Jahrzehnten hat sie Kirchen und kirchliche Einrichtungen unterstützt wie auch Organisationen für Menschenrechte, humanitäre Hilfe und soziale

¹ Zitate aus dem Kairos-Dokument sind der deutschen Ausgabe der ACK, Sept 2018, entnommen.

² Bibelzitate sind der Lutherbibel 1964 entnommen.

Gerechtigkeit in Palästina und in Israel in dem Verständnis, dass an Gottes Segen alle im Land teilhaben sollten und dass Gewalt und Unterdrückung, die seit mehr als siebzig Jahren die Region heimsuchen, ein Ende finden müssten.

Dementsprechend hat die Generalsynode wiederholt dazu aufgerufen, die Vision einer Zukunft für Israel und Palästina Wirklichkeit werden zu lassen, die auf Gerechtigkeit und Sicherheit und dem Prinzip der Selbstbestimmung aller beruht. 1973 hat die Generalsynode bekräftigt, dass „Frieden und Sicherheit nur durch eine gerechte und dauerhafte politische Lösung erreicht werden können, die die legitimen Interessen aller Völker in der Region berücksichtigt, insbesondere das Existenzrecht Israels und die Rechte der palästinensischen Araber“. 1997 hat die Generalsynode eine Verhandlungslösung über den Status Jerusalems gefordert, „die die menschlichen und politischen Rechte der Palästinenser wie auch der Israelis respektiert und ebenso die der drei Religionen.“

2005 rief die Generalsynode Einrichtungen und Mitglieder der *United Church of Christ* dazu auf, „wirtschaftlichen Druck auszuüben, unter anderem dafür zu werben, Auslandshilfe der USA so zu leisten, dass die Militarisierung des Nahen Ostens eingeschränkt wird; dazu beizutragen, dass diejenigen Gruppen und Partner gestärkt werden, die sich für die gewaltfreie Lösung des Konfliktes engagieren; die Praxis von Unternehmen zu brandmarken, die an der Fortsetzung des Konfliktes verdienen, und Investitionen von Firmen zurückzuziehen, die sich weigern, ihre Praxis zu verändern, aufgrund derer sie aus der Fortsetzung der Gewalt, einschließlich der Besetzung, Gewinn ziehen.“ Außerdem forderte die gleiche Synode in einer Resolution zum Bau der Trennanlage von Israels Regierung, „das Vorhaben, die Anlage zu bauen, aufzugeben, die bereits aufgerichteten Segmente abzureißen und denen Reparationen zu zahlen, die ihre Häuser, Felder, ihr Eigentum und/oder Leben und Gesundheit wegen der Anlage und ihrer Folgen verloren haben.“

2015 forderte die Generalsynode die Einrichtungen der *United Church of Christ* auf, „direkte oder substanzielle indirekte Anteile aus Unternehmen zurückziehen, die von Menschenrechtsverletzungen aufgrund der Besetzung palästinensischen Gebiets durch den Staat Israel profitieren oder daran beteiligt sind“ und „Waren zu boykottieren, die in oder mit Hilfe von Einrichtungen der auf palästinensischen Gebiet illegal errichteten Siedlungen hergestellt wurden.“ 2017 forderte die Generalsynode Israel auf, die UNO-Konvention über die Rechte von Kindern zu achten, und machte auf die Militärhaft von Kindern aufmerksam, auf die Weigerung, ihnen rechtlichem Beistand zukommen zu lassen, sowie auf ihre physische und emotionale Misshandlung. Jüngst forderte die Generalsynode 2019 zur Anwaltschaft für palästinensische Flüchtlinge auf, insbesondere nach Maßgabe der Resolution 194 der UNO-Vollversammlung (1948), und forderte die Fortsetzung der Zahlungen an das 'Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge'.

TEXT DES ANTRAGS [der beschlossen wurde]

ANGESICHTS DESSEN, DASS das palästinensische Volk seit mehr als 70 Jahren konfrontiert wird: mit der Enteignung seines Landes, der Vertreibung aus seiner Heimat, einer harten militärischen Besetzung, mit rigorosen Reisebeschränkungen, der Militärhaft seiner Kinder, Hauszerstörungen – derzeit über 120.000 und ständig drohenden weiteren –, mit enormer Ungleichheit hinsichtlich des Zugangs zu natürlichen, ökonomischen und medizinischen Ressourcen, derer sich israelische Bürger*innen in illegalen Siedlungen der West Bank erfreuen, sowie täglich mit schwerwiegenden Einschränkungen ihres Zugangs zu ihren Olivenhainen,

Landwirtschaftsflächen und heiligen Stätten [1]; und

ANGESICHTS DESSEN, DASS mehr als 5,6 Millionen palästinensische Flüchtlinge beim 'Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge' registriert sind, die für die Vertreibung des palästinensischen Volks aus dem Jahr 1948 stehen und deren Status weiterhin ungeklärt ist [2]; und

ANGESICHTS DESSEN, DASS die israelische Regierung seit 1967 an einer illegalen militärischen Besetzung palästinensischer Gebiete festhält und damit zugleich an der Errichtung illegaler, ausschließlich für Juden bestimmter Siedlungen in der Westbank und kürzlich, 2018, mit der Verabschiedung des Nationalstaat-Gesetzes eine formale Diskriminierung ihrer arabischen Bürger angeordnet hat [3]; und

ANGESICHTS DESSEN, DASS provokative Aktionen der Regierung Trump wie die Verlegung der Botschaft der USA nach Jerusalem, die Aussetzung der humanitären Hilfe an das 'Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge' und die Unterstützung für die von Israel beabsichtigte illegale Annexion von Land in der besetzten Westbank der Gemeinschaft der Palästinenser erneut Schaden zugefügt und ernsthafte Hindernisse für den Frieden errichtet haben [4]; und

ANGESICHTS DESSEN, DASS das Bildungsministerium der Regierung Trump eine Richtlinie erlassen hat, nach der jede Kritik am Staat Israel als Antisemitismus bezeichnet wird, um damit ein Eintreten für palästinensische Rechte auf Universitätsgelände zu unterdrücken, und sich damit vielen Regierungen in der Unterdrückung der Redefreiheit bezüglich der Unterstützung des Aufrufs der palästinensischen Zivilgesellschaft zu Boykott, Desinvestition und Sanktionen angeschlossen hat [5]; und

ANGESICHTS DESSEN, DASS Israel mit stillschweigender oder offener Unterstützung der Regierung der Vereinigten Staaten Bedingungen geschaffen hat, die denen vergleichbar sind, die unter *Jim Crow*³ in der Periode zwischen *Reconstruction* und *Civil Rights Movement* im Süden der Vereinigten Staaten herrschten, indem Segregationsgesetze die strukturelle Vorherrschaft und Unterdrückung der Schwarzen durch Weiße festschrieben; Maßnahmen Israels der Vorherrschaft und Unterdrückung sind unter anderem die Annahme des Nationalstaatgesetzes von 2018, der Bau der Trennanlage, die Einführung eines restriktiven Passsystems für Palästinenser*innen, die Schaffung von Israelis vorbehaltenen Schnellstraßen durch die Westbank und die Anwendung der Militärhaft für palästinensische Kinder, denen Vergehen vorgeworfen werden; und

ANGESICHTS DESSEN, DASS die Generalsynode und ihre Leitung seit mehr als fünfzig Jahren für Verhandlungen für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina unter Wahrung des Völkerrechts, der internationalen Standards der Menschenrechte, Beachtung des Prinzips der Selbstbestimmung und der Rechte der palästinensischen Flüchtlinge eingetreten sind [6]; und

ANGESICHTS DESSEN, DASS Israel, im Anklang an historische Beispiele wie dem der Vereinigten Staaten, Kanadas, Australiens und Südafrikas, eine gegenwärtige Form des Siedler-Kolonialismus demonstriert [7], aktiv die Vertreibung und Verdrängung der einheimischen palästinensischen Bevölkerung betreibt durch ein Kontroll-Netzwerk einer strengen Militärbesatzung, durch die faktische Annexion palästinensischen Landes und die Drohung mit weiterer Annexion, durch die Ausweitung der illegalen, Juden vorbehaltenen Siedlungen in Ost-Jerusalem und in der Westbank, durch die Reduzierung des palästinensisch kontrollierten Bodens

³ Anmerkung Übersetzer: Historische Bezeichnung von Gesetzen, die nach formaler Abschaffung der Sklaverei 1865 die Diskriminierung Schwarzer fortschrieben.

und durch Bewegungseinschränkung für Palästinenser*innen in der Westbank und in Gaza;

ANGESICHTS DESSEN, DASS der „*Schrei nach Hoffnung – Aufruf zur Entscheidung und zum Handeln*“, im Juli 2020 herausgegeben von palästinensischen Kirchenleitern und Theologen [8], feststellt, dass „es um die Existenz der Kirche, die Integrität des christlichen Glaubens und die Glaubwürdigkeit des Evangeliums geht. Wir erklären, dass die Unterstützung für die Unterdrückung des palästinensischen Volkes, sei es aktiv oder passiv durch Schweigen, Worte oder Taten Sünde ist. Wir behaupten, dass die christliche Unterstützung des Zionismus als eine Theologie und Ideologie, die das Recht eines Volkes rechtfertigt, einem anderen die Menschenrechte zu verweigern, mit dem christlichen Glauben unvereinbar und ein grober Missbrauch der Bibel ist“;

MÖGE DAHER DIE 33. GENERALSYNODE DER UNITED CHURCH OF CHRIST DIE FOLGENDE ERKLÄRUNG BESCHLIESSEN:

1. Wir bekräftigen, dass die nach fünf Jahrzehnten fortgesetzte Unterdrückung des palästinensischen Volkes eine Angelegenheit von theologischer Dringlichkeit darstellt, dass sie als Verstoß gegen die Botschaft der Propheten und des Evangeliums eine Sünde ist und dass alle Bemühungen der christlichen Gemeinde, die Unterdrückung des palästinensischen Volkes zu verteidigen oder zu rechtfertigen – sei es passiv oder aktiv, durch Schweigen, Wort oder Tat – eine grundlegende Leugnung des Evangeliums ist.

Deshalb verwerfen wir die Ansicht, dass Israels Besetzung Palästinas ein rein politisches Problem außerhalb der Zuständigkeit der Kirche sei, oder dass die Unterdrückung des palästinensischen Volkes eine unvermeidliche Folge globaler oder regionaler geopolitischer Interessen sei.

2. Wir bekräftigen, dass das biblische Narrativ von der Schöpfungsgeschichte über die Berufung der Israeliten, die richtenden Mahnungen der Propheten, die Inkarnation Jesu und sein Dienen und das Zeugnis der Apostel „bis zu den Enden der Welt“ ... von Gottes Segen für „alle Geschlechter der Erde“ (Gen 12,3) spricht.

Deshalb verwerfen wir jede Theologie oder Ideologie wie den christlichen Zionismus, die Substitutionslehre, den Antisemitismus oder antiislamische Voreingenommenheit, die ein Volk, eine „Rasse“, eine Kultur oder Religion hinsichtlich Gottes universaler Gnadenordnung privilegieren oder ausschließen.

3. Wir bekräftigen, dass alle in Palästina und Israel lebenden Menschen nach dem Bilde Gottes geschaffen sind und dass ihnen dies unbedingte Würde und Heiligkeit verleiht.

Deshalb verwerfen wir jegliche Gesetze und Rechtsvorschriften, die seitens einer ethnischen Gruppe, Religion oder politischen Instanz benutzt werden, einem Volk eine privilegierte Rechtsstellung auf Kosten eines anderen Volkes zu sichern, Israels System der Apartheid per Gesetz und Rechtsverfahren inbegriffen.

4. Wir bekräftigen, dass alle Völker ein Recht auf Selbstbestimmung und Anspruch auf Souveränität und Staatlichkeit zur Gestaltung ihres gemeinschaftlichen religiösen, kulturellen und politischen Lebens haben, frei von Beeinflussung und Druck seitens auswärtiger Mächte, und dass eine Lösung gegensätzlicher Ansprüche nur durch gleichwertigen Schutz der Bürgerrechte, die faire und gerechte Aufteilung von Land und Ressourcen und durch

friedliche, auf dem Völkerrecht und den Resolutionen der UNO basierende Verhandlungen erreicht wird.

Deshalb verwerfen wir den Gebrauch der Schrift, um göttliches Recht auf Landbesitz als Begründung für Israels Inbesitznahme und Annexion palästinensischen Gebietes zu beanspruchen, ebenso wie das Ansinnen eines sogenannten Friedensabkommens durch Israel oder durch die Vereinigten Staaten unter Ausnutzung politischer und militärischer Überlegenheit, das den Palästinensern Gleichberechtigung, eine vollwertige Staatsbürgerschaft und die Chance, sich religiös, kulturell, politisch und ökonomisch zu entfalten, verwehrt.

5. *Wir bekräftigen* in Übereinstimmung mit der Resolution 194 der UNO Vollversammlung (1948), dass die palästinensischen Flüchtlinge das Recht haben, in ihre Heimat zurückzukehren, so sie dies wollen, oder Kompensation für den Verlust von Eigentum zu beanspruchen.

Deshalb verwerfen wir die Verweigerung dieses Rechts und ebenso die Versuche, die international vereinbarte Definition des Flüchtlingsstatus zu manipulieren, um damit zu versuchen, dieses die Generationen übergreifende Recht abzuschaffen.

6. *Wir bekräftigen*, dass der Erste Zusatzartikel der US-amerikanischen Verfassung das Recht der Rede- und Versammlungsfreiheit beinhaltet, gegen Maßnahmen des Staates Israel zu protestieren und die Rechte der Palästinenser zu unterstützen, einschließlich des Gebrauchs wirtschaftlicher Mittel um der Gerechtigkeit im Sinne des Ersten Zusatzartikels willen; das umfasst auch die Unterstützung der Bewegung für internationalen Boykott, Desinvestition und Sanktionen durch einzelne Personen, Institutionen, Unternehmen und religiöse Körperschaften, die für gerechten Frieden eintreten, ebenso wie irgendeine Beteiligung am Gebrauch ökonomischer Mittel zur Förderung von Gerechtigkeit.

Deshalb verwerfen wir die Auffassung, dass jede Kritik der Politik des Staates Israel per se antisemitisch ist, wohl wissend, dass manche Kritik mit antisemitischer Absicht oder Wirkung erfolgt, und wir widersprechen den Bemühungen der US Bundesregierung und Regierungen von Bundesstaaten, die freie Rede auf Universitätsgeländen einzuschränken und die Unterstützung der internationalen Bewegung für Boykott, Desinvestition und Sanktionen zu behindern oder zu verbieten.

DIE GENERALSYNODE MÖGE WEITERHIN BESCHLIESSEN,

dass die nationalen Büros der *United Church of Christ* den Text dieser Erklärung an die Ortsgemeinden und Regionalkirchen sowie an kirchliche Einrichtungen senden, und

DIE GENERALSYNODE MÖGE WEITERHIN BESCHLIESSEN,

dass alle Einrichtungen der *United Church of Christ* darin bestärkt werden, diese Erklärung als einen prophetischen Ruf zu erneutem und anhaltendem Einsatz zu verstehen, sich für gerechten Frieden in Palästina und Israel einzusetzen, und ihn als Richtlinie für Aktionen zu nutzen, wie zum Beispiel:

- a. Die Verpflichtung, auf die Aussagen der Palästinenser über ihre Lage einschließlich auf die Stimmen der palästinensischen Christen zu hören; sich mit palästinensischer Befreiungstheologie befassen; die Erklärungen und Appelle aufmerksam zur Kenntnis nehmen, wie *Kairos Palästina – Die Stunde der Wahrheit* (2009) und *Schrei nach Hoffnung* (2020); sich an Studienreisen beteiligen, die Besucher mit der Gemeinschaft der Palästinenser in Kontakt bringen; die Materialien der internationalen Abteilung (Global Ministries) der *United Church of Christ* und der *Christian Church (Disciples of Christ)* benutzen.
- b. Die Umsetzung der Aufrufe der Beschlüsse früherer Generalsynoden, wie die Resolution von 2015, „Ein Aufruf der *United Church of Christ* aktiv zu werden für einen gerechten Frieden im israelisch-palästinensischen Konflikt“, und die Resolution von 2017, „Ein Aufruf an die *United Church of Christ* zum Einsatz für die unter israelischer militärischer Besatzung lebenden Kinder“.
- c. Die kritische Prüfung unseres Gebrauchs und unserer Auslegung der Schrift, der liturgischen Texte und der Kirchenlieder, in denen das einstige biblische Israel mit dem modernen Staat in einer Weise gleichgesetzt wird, die Siedlerkolonialismus und die Enteignung palästinensischen Landes, die Aberkennung von Rechten und den Entzug von kulturellen Ausdrucksformen propagiert.
- d. Das Angebot von Unterstützung und Ermutigung für Student*innen, Fakultätsmitglieder und Menschenrechtsgruppen (wie 'Studenten für Gerechtigkeit in Palästina', 'Jüdische Stimme für Frieden', 'Amerikanische Muslime für Palästina' und viele weitere verbündete Gruppen), deren Redefreiheit, Zeugnis und Einsatz auf Universitätsgeländen in irgendeiner Weise durch staatliche oder lokale Behörden oder durch Universitätsverwaltungen bedroht sind.
- e. Einsatz für die Einstellung der Militärhilfe der USA an Israel, solange bis die palästinensischen Menschen- und Bürgerrechte und die Selbstbestimmung voll verwirklicht und geschützt sind – in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, den Gesetzen der USA über ausländische Militärhilfe und den Grundsätzen der Menschenrechte .
- f. Unterstützung der vollständigen Wiederaufnahme der Zahlungen der USA an das 'Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge', das eine wichtige Aufgabe von und für palästinensische Flüchtlinge erfüllt, und Ermutigung für die fortgesetzte Unterstützung der Partner der *UCC*, die Dienst leisten für palästinensische Flüchtlinge.
- g. Die Forderung, dass die Notlage der palästinensischen Flüchtlinge von Israel und der Internationalen Gemeinschaft thematisiert wird und, gemäß UN-Resolution 194, garantiert wird, „dass denjenigen Flüchtlingen, die zu ihren Wohnstätten zurückkehren und in Frieden mit ihren Nachbarn leben wollen, dies zum frühestmöglichen Zeitpunkt gestattet werden soll und dass für das Eigentum derjenigen, die sich entscheiden, nicht zurückzukehren, sowie für den Verlust oder die Beschädigung von Eigentum, auf der Grundlage internationalen Rechts oder nach Billigkeit von den verantwortlichen Regierungen und Behörden Entschädigung gezahlt werden soll“.

FINANZIERUNG: Die Finanzierung der Umsetzung der Resolution soll in Übereinstimmung mit dem Gesamtmandat der betroffenen Agenturen und Fonds verfügbar gemacht werden.

UMSETZUNG: Die Kirchenleitung soll in Absprache mit den entsprechenden Abteilungen oder anderweitigen Instanzen innerhalb der *United Church of Christ* das Ausführungsorgan bestimmen.

Fußnoten

- (1) Israeli Committee Against Home Demolitions: <https://icahd.org/>.
- (2) United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East: <https://www.unrwa.org/>.
- (3) <https://www.vox.com/world/2018/7/31/17623978/israel-jewish-nation-state-law-bill276-explained-apartheid-netanyahu-democracy>.
- (4) https://www.globalministries.org/ecumenical_statement_on_current_u_s_policy_and_israel_palestine;
https://www.globalministries.org/ucc_disciples_leaders_issue_joint_statement_in_response_to_the_peace_and_prosperity_proposal
https://www.globalministries.org/not_peace_but_apartheid_b_tselem_s_brief_response_to_the_trump_plan;
https://www.globalministries.org/ucc_disciples_leaders_issue_statement_on_israeli_settlements.
- (5) <https://forward.com/fast-forward/410044/trump-education-dept-adopts-controversial-new-definition-of-anti-semitism/>;
<https://palestinelegal.org/news/2018/9/11/kenneth-marcus-adopts-controversial-antisemitism-definition-at-doe-with-no-public-notice-reopens-dismissed-rutgers-case-from-2014?rq=anti-semitism%20department%20of%20education>.
- (6) https://www.globalministries.org/mee_resolutions.
- (7) <https://www.wrmea.org/israel/palestine/how-settler-colonialism-can-help-us-understand-israel-and-the-us.html>;
https://www.globalministries.org/ameu_s_the_link_the_decolonizing_of_palestine_towards_a_one_state_solution_by_jeff_halper.
- (8) Kairos Palestina and Globaler Kairos für Gerechtigkeit: <https://www.cryforhope.org/>.

[Übersetzt aus dem Englischen von Giselher Hickel nach:

<https://www.globalministries.org/wp-content/uploads/2021/07/General-Synod-2021-Resolution-I-P.pdf>, vgl. <https://www.ucc.org/synod-delegates-approve-resolution-decrying-oppression-of-palestinian-people/>]